



Blickpunkt

Informationen für die Bürgerinnen und Bürger Stockstadts

Juli 2016



Liebe Stockstädterinnen
und Stockstädter,

Vor drei Jahren bereits hat die SPD darauf hingewiesen, dass die Anzahl der Plätze in der Krippe Waldwichtel der Nachfrage bald nicht mehr gerecht werden wird. Überbuchungen und Wartelisten sind inzwischen Realität. Nun haben wir endlich eine Lösung für dieses Problem gefunden, nachdem sich der Bürgermeister der Einsicht hier leider lange verweigert hat. Es wäre freilich schön gewesen, die CSU hätte sich mit Sachthemen an Sie gewandt, statt in einem Flugblatt polemisch Unwahrheiten über den politischen Gegner zu verbreiten.

Die dringend erforderliche Modernisierung der Aussegnungshalle ist ein weiteres Beispiel. Zu beiden Themen lesen Sie Berichte und Kommentare in diesem Blickpunkt.

Der Bürgermeister und seine Fraktion haben sich der Verwaltung des Status Quo verschrieben und verweigern sich der Zukunft unserer Gemeinde.

Wir haben ein anderes Verständnis von Kommunalpolitik. Wir werden unsere Politik zusammen mit Ihnen weiter verfolgen - ob es um Verkehr, die Schulen oder das Schwimmbad geht. Jederzeit können Sie sich auf unserer Homepage informieren.

Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen!

Herzlichst,

Ihr Rafael Herbrink

Gute Nachricht für Eltern: Mehr Krippenplätze geplant SPD will Anbau noch in diesem Jahr

Mittlerweile ist es auch für die CSU klar: In Stockstadt werden immer mehr Krippenplätze fehlen. Nachdem der Bürgermeister und die CSU seit drei Jahren einen Bedarf nicht erkennen wollten, machten sie jetzt eine 180 Grad-Wendung und stimmten im Gemeinderat am 10. Juni für einen Neubau und für einen Anbau an der Krippe Waldwichtel im Baugebiet Dreispitz.

Dort werden derzeit 45 Plätze angeboten, davon allerdings neun auf Grundlage einer bis September 2017 befristeten Ausnahmegenehmigung des Landratsamtes. Schon seit längerem plädierte die SPD für einen Anbau, für den seit Jahren ein fertiger Plan des Architekten in der Schublade liegt. Die Planungen lagen dem Bürgermeister vor, er hatte jedoch aus unbekannter Quelle erfahren, dass ein Anbau nur für acht zusätzliche Kinder genutzt werden könne. Auf Nachfrage seitens der SPD bestätigte der Architekt noch in der Sitzung aufgrund der geplanten Raumgröße ein tatsächliches Platzangebot von zusätzlich zwölf Plätzen.

nur auf 36 Plätze ausgelegt worden. Trotz Ausnahmegenehmigung befinden sich nach heutigem Stand für den Zeitraum 2016/2017 bereits zehn Kinder wieder auf der Warteliste.

Durch eine Zunahme an Geburten und durch Zuzug junger Familien lässt sich für Stockstadt eine weitere Zunahme des Gesamtbedarfs erwarten. Gemäß aktueller Erhebungen wurde ein heutiger Bedarf von 64 Kita-Plätzen ermittelt (siehe Grafik). Bei gleichbleibender Geburtenrate und einem Bedarf von 40 Prozent pro Jahrgang, kann die notwendige Anzahl in den nächsten



Für Verwaltung und CSU war der Anbau zunächst keine Option. Nach einer von der CSU beantragten Sitzungsunterbrechung erkannte diese jedoch auch den dringenden Bedarf und stimmte ebenfalls der Erweiterung der bestehenden Krippe zu. Die sachorientierte Hartnäckigkeit der SPD-Fraktion hat sich nunmehr für alle Eltern gelohnt, die einen Betreuungsplatz suchen. Schon heute ist die Anzahl der Betreuungsplätze in der Krippe limitiert bzw. überbucht. Schließlich war sie bei ihrer Eröffnung 2011

Jahren leicht auf 80 Krippenplätze ansteigen. Um dieser Nachfrage gerecht zu werden, ist auch der Neubau einer weiteren Krippe unausweichlich.

Auch hierfür beschloss der Gemeinderat einstimmig, einen Planungsauftrag für einen Bau für zwei Gruppen mit der Möglichkeit einer späteren Erweiterung zu vergeben. Veranschlagte Bauzeit für den Anbau

Fortsetzung S.2

Von Asylbewerbern zu anerkannten Flüchtlingen

Fünf Fragen an Dieter Trageser

Neun Monate ist es her, dass eine erste Gruppe syrischer Flüchtlinge in Stockstadt eintraf. Die Gemeinde war vorbereitet. Etwa vierzig freiwillige Helfer hatten sich angeboten, den Asylbewerbern zu helfen. Schnell bildete sich ein Team, das sich ehrenamtlich deren vielfältigen Fragen und Problemen annahm. Als Koordinator und erster Ansprechpartner der Flüchtlingshilfe Stockstadt fungiert der 2. Bürgermeister Dieter Trageser. Inzwischen hat sich die Anzahl der Asylbewerber vor Ort auf 67 erhöht. Etwa 30 von Ihnen haben bereits das Asylverfahren durchlaufen und wurden als Flüchtlinge anerkannt. Damit verbunden ist die Aufenthaltserlaubnis in der Bundesrepublik Deutschland und die Erwartung einer erfolgreichen Integration in unsere Gesellschaft. Gelegenheit für uns, Dieter Trageser um seine Eindrücke und eine erste Bilanz zu bitten:

Wie haben die Stockstädter ihre Flüchtlinge aufgenommen?

Die Bereitschaft zu helfen war von Anfang an gut. Natürlich gab es auch Zweifel, ob eine Vertrauensbasis mit den Flüchtlingen hergestellt werden könnte. Diese hat sich aber anfänglichen Zweifeln zum Trotz recht positiv entwickelt.

Sind sie mit dem Engagement der Bevölkerung zufrieden?

Ja, der Helferkreis besteht inzwischen aus 54 Personen, die alle mit unterschiedlichen Schwerpunkten die Gruppen betreuen, sei es beim Deutschunterricht, bei der ärztlichen Betreuung oder bei der Erledigung der zahlreichen Formalitäten. Natürlich sind aber auch weitere Helfer immer gerne willkommen.

Haben sich die Schwerpunkte für den Helferkreis inzwischen verändert?

Für die anerkannten Flüchtlinge ist die Wohnungssuche dazu gekommen. Leider ist bisher nicht eine einzige Wohnung in Stockstadt gefunden worden. Hier wird auch die Misere deutlich, dass generell bezahlbarer Wohnraum fehlt, für die Politik ein zentrales Thema. Im Gegensatz dazu sieht es bei der Arbeitsplatzvermittlung etwas besser aus. Hier haben einige Unternehmen bereits Interesse geäußert.



Wie sehen Sie die weitere Entwicklung, insbesondere bei der Integration?

Da bin ich sehr optimistisch. Zum einen was die Bereitschaft betrifft, Deutsch zu lernen, zum anderen ist das Interesse groß, mit den Bürgern in Kontakt zu kommen. Das hat sich gezeigt bei der Aktion Sauberer Landkreis, bei der 35 Asylbewerber halfen. Auch die Bereitschaft bei Vereinsveranstaltungen zu helfen wird auf beiden Seiten gerne wahrgenommen. Positiv sind die monatlichen Begegnungen mit den Bürgern im Pfarrzentrum, zu denen jedes Mal zwischen 80 und 100 Personen kommen.

Für den 24. Juli planen wir am Rathaus ein Integrationsfest. Das soll dazu dienen, das Vertrauen zueinander weiter zu stärken.

Macht sich die zunehmende Stimmung gegen Ausländer und ein unverhohlener Fremdenhass, insbesondere im politisch rechten Spektrum in Deutschland, auch in unserer Gemeinde bemerkbar?

Zum Glück nicht. Ich schreibe das der guten Arbeit der Flüchtlingshilfe und der von Beginn an freundlichen Grundstimmung in der Gemeinde zu. Allerdings gab es einige wenige anonyme Flugblätter mit Drohungen, die wir der Polizei übergeben haben.

Flüchtlingshilfe Stockstadt

Die Flüchtlingshilfe Stockstadt hat sich im Oktober 2015 gebildet. Sie unterstützt auf ehrenamtlicher Basis direkt und indirekt die Stockstadt zugewiesenen Asylbewerber dabei, sich bei uns zurecht zu finden und Fuß zu fassen. Sie koordiniert zudem die Hilfsmaßnahmen und den Einsatz der vielen Helfer. Erster Ansprechpartner ist der 2. Bürgermeister Dieter Trageser. Unverändert gehören dem Team die 3. Bürgermeisterin Jutta Herzog, SPD-Fraktionssprecher Wolfgang Ackermann und Bettina Stock von der CSU an. Außerdem Pfarrer Werner Schwarzkopf und Karin Farrenkopf-Páragga von der katholischen Gemeinde, die Jugendpflegerin Esther Christoffel, Sozialamtsleiter Reinhold Riegel, Ursula Kassioff von der Nachbarschaftshilfe, die Presssprecherin Anette Zang, Toni Eichhorn, Manfred Reinsch und der Betreuer Faruk Türkyilmaz.

Das Spendenkonto bei der Volksbank Aschaffenburg: Flüchtlingshilfe Stockstadt, AWO Stockstadt, IBAN: DE08 7959 0000 0100 1547 76.

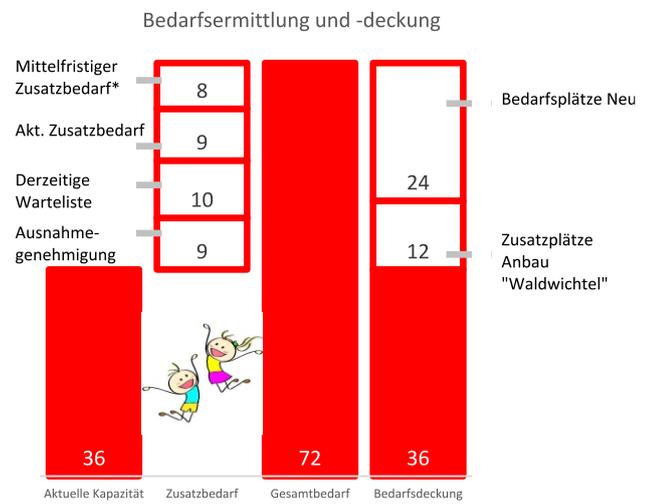
Fortsetzung von S.1

sechs, für einen Neubau ca. neun bis zwölf Monate. Der Vorteil für den Anbau und für die auf der Warteliste stehenden Familien: Die Krippe Waldwichtel wäre schnell in der Lage, ihr geschultes Personal zahlenmäßig zu erhöhen und in kurzer Zeit eine neue Gruppe zu integrieren.

Dass das Thema Krippenerweiterung überhaupt auf die Tagesordnung des Gemeinderats gesetzt wurde, war der Initiative der SPD zuzuschreiben. Nachdem in den letzten Jahren die Verwaltung keinen zusätzlichen Bedarf sah, hatte die SPD in den Haushaltsberatungen Mitte Februar für das laufende Jahr die Bereitstellung von 300.000 Euro für eine Erweiterung der bestehenden Einrichtung beantragt. Bis zum 19. Mai, also drei Monate später, hatte der Bürgermeister offensichtlich dieses Thema nicht für so wichtig gehalten. In den Beratungen zum Haushalt sperrten sich sowohl die Verwaltung als auch Teile der CSU gegen die Bereitstellung finanziel-

ler Mittel für einen Anbau. Dem Bürgermeister wäre es lieber gewesen, das Thema abermals auf die lange Bank zu schieben und nur Planungskosten bereitzustellen. Die dringend erforderlichen Baumaßnahmen hätten so in diesem Jahr nicht mehr begonnen werden können. Und ob dann eine Realisierung von Neubau und Anbau abschließend bis 2018 hätten erfolgen können, wäre zweifelhaft gewesen. Dies ist aber Bedingung für erhebliche Zuschüsse des Freistaates von etwa 40 Prozent, die leichtfertig aufs Spiel gesetzt worden wären.

Der künftige Bedarf an Krippenplätzen wird sich auch auf die Anzahl von Kindergartenplätzen auswirken. Auch deren Anpassung wird nach Auffassung der SPD bald wieder auf der Tagesordnung stehen müssen.



* Annahme basierend auf statistischen Werten

Text und Grafik: Stefan Schaupp

Aussegnungshalle: Erweiterung beschlossen

Die von der SPD-Fraktion beantragte Besichtigung der Aussegnungshallen der benachbarten Gemeinden Mainaschaff, Kleinostheim und Großostheim hat dazu geführt, dass die bisher im Gemeinderat und seinen Ausschüssen diskutierten Planungsentwürfe noch einmal überdacht werden. Beeindruckt von den dortigen Räumlichkeiten und den Möglichkeiten zur Durchführung würdevoller Trauerfeiern, hatte sich seinerzeit Fraktionssprecher Wolfgang Ackermann geäußert: „Die Größe und Ausstattung der für die Trauergäste geschaffenen Räume sollten auch für unsere Gemeinde Orientierung sein. Insbesondere die Funktionsräume für Pfarrer und Bestatter werden wir in unsere Planungen detaillierter einbeziehen müssen.“

Diesen Eindrücken konnte sich nunmehr auch die CSU - wengleich bei zwei Gegenstimmen in ihren Reihen - nicht mehr entziehen. So beschloss der Gemeinderat in seiner Sitzung am 10. Juni, dem Großostheimer Architekten Thomas Schuler den Auftrag zu erteilen, die als notwendig erachteten Funktionsräume in eine neue Planung einzubringen. Zu diesen Räumen zählen u.a. eine Sakristei, Aufbahrungsräume mit Kühlung, Gefrierraum, Lager und Arbeits-



Foto: Hier könnte der Anbau mit weiteren Räumen entstehen.

und Sanitärraum für den Bestatter. Ebenfalls soll eine Lösung gefunden werden, um den Sarg nach der Trauerfeier in einem separaten Ausgang auf den Friedhof zu geleiten.

Aufgabe des Architekten wird es nunmehr sein, den zusätzlichen Raumbedarf zu ermitteln und Lösungsvorschläge auszuarbeiten, ob und wie die neuen Anforderungen in die derzeit gegebene Architektur integriert werden können. Nach Vorliegen der Pläne könnte sich die Frage stellen, ob die Umbaukosten in einem Verhältnis zu den gewonnenen Verbesserungen stehen, oder ob unter dem Strich ein Neubau der Aussegnungshalle nicht doch wirtschaftlich sinnvoller sein kann.

Tatsache ist, dass das Sitzplatzangebot für die Trauergäste bei vielen Bestattungen nicht mehr ausreicht und die technischen Einrichtungen, wie beispielsweise die Heizung, schon längst nicht mehr heutigem Standard genügen.

Für Stockstadt gerade gut genug?

Als ausschließlich kostenorientiert - so kann man die Verweigerungshaltung der CSU in der Frage des Ausbaus der Aussegnungshalle noch einigermaßen freundlich umschreiben. Notgedrungen, oder von den besseren Sachargumenten überzeugt, hat sie jetzt erfreulicherweise einer weitergehenden Planung zugestimmt. Nicht jedoch, ohne um jeden Quadratmeter Raum zu feilschen: Man möge Funktionsräume zusammenlegen, an der Heizung sparen und, entgegen der bisherigen Beschlusslage, bei lediglich 120 bis 140 Plätzen für die Trauergäste bleiben. Das macht deutlich, dass der CSU das Gespür für eine zukunftsorientierte und bürgernahe Politik abhanden-

gekommen ist. Wenn dem Gemeinderat Christian Harbert, bevor er gegen den Vorschlag stimmte, der Vergleich über die Lippen kam, die Aussegnungshallen der Nachbargemeinden seien Ferrari und Mercedes, für Stockstadt sei aber der Golf gerade richtig, dann fällt es schwer, darin ein sachbezogenes und vorausschauendes Urteilsvermögen zu erkennen. Vielmehr drückt das eine mangelnde Wertschätzung der eigenen Bürger aus, für die ein würdevoller und auch christlicher Abschied von Verwandten und Freunden mehr bedeutet, als es sich ein CSU Gemeinderat offensichtlich vorstellen kann.

Neuer Vorstand

Auf der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins wurde Rafael Herbrik einstimmig als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt. Damit leitet er auch in den kommenden beiden Jahren den mitgliederstärksten Ortsverein der SPD im Landkreis Aschaffenburg. Bei den anschließenden Wahlen wurde mit der Leiterin der örtlichen Krippe, Elke Conti, eine neue Stellvertreterin gewählt. Als weiteren Stellvertreter bestätigten die Mitglieder Klaus-Dieter Hollstein.



Klaus-Dieter Hollstein, Elke Conti und Rafael Herbrik (v.l.)

Innenansichten

Der Blick in die Aussegnungshallen der Nachbargemeinden



Hell, großzügig und dem Anlass würdig gestaltet, so präsentieren sich die Räume in den Aussegnungshallen unserer Nachbargemeinden.



Großostheim



Kleinostheim



Mainaschaff



Großostheim: Zugang zu den Funktionsräumen (Aufbahrungen, Gefrierkammer, Kühlräume, Lager und Geräteraum, Sanitär- und Aufenthaltsräume und die Sakristei.

Auch bei den übrigen Funktionen ist bei der SPD Kontinuität angesagt. So gehören dem Vorstand weiterhin an:

Pressesprecher: Lutz Laemmerhold, Stellvertreter: Stefan Schaupp, Kassiererin: Linda Ersing, Vertreter: Armin Klebing, Schriftführerin: Margot Hachelaf, Vertreter: Thomas Leimeister. Wolfgang Ackermann und Heike Eisert wurden als Vertreter der Gemeinderatsfraktion, Gertrud Trageser, Blandina Steinbach und Thomas Barko als Beisitzer wiedergewählt.

Viel Wind um Nichts - Quo vadis CSU?

Wolfgang Ackermann.

Sprecher der SPD-Fraktion im Gemeinderat

In den letzten Monaten beherrschten Themen die Diskussionen in Stockstadt, die eigentlich ganz rational im Gemeinderat beurteilt und entschieden werden können, ohne dass diese mit medialer und inszenierter Stimmungsmache zum Zankapfel hochstilisiert werden.

Wozu also das Spektakel?

Beispiel 1: Die Öffentliche Toilette am Bahnhof

Auf der Suche nach zugkräftigen Themen hatte die CSU vor den letzten Wahlen die öffentliche Notdurft in den Fokus gerückt. Ein Häuschen am Bahnhof sollte es sein, 130.000 Euro Baukosten schreckten nicht. Alternativvorschläge wie die Nette Toilette, der Euroschluss für Behinderte oder andere Standorte überzeugten die CSU nicht, der Standort Bahnhof war alternativlos. Die Wahl ist um, die Wogen geglättet, die Alternativvorschläge Nette Toilette und Euroschluss sind umgesetzt und auch für eine öffentliche Toilette zeichnet sich jetzt ein Standort im Rathaus ab. Der von uns vorgeschlagene und halb so teure Standort wurde vom Bauamt geprüft, für gut befunden und im Bauausschuss haben neben SPD und FWG auch Bürgermeister Wolf und einige CSU-Gemeinderäte dem Projekt ihren Segen gegeben.

Beispiel 2: Die Aussegnungshalle am Friedhof

Der Friedhof, Sinnbild für Pietät und Stille. Bauliche Notwendigkeiten sollten mit Bedacht beraten und frei von politischem Kalkül sachbezogen entschieden werden. Nicht so in Stockstadt. Nachdem auf Antrag der SPD-Fraktion der Bauausschuss die Notwendigkeit der Vergrößerung der Aussegnungshalle parteiübergreifend bejaht und die Rahmenbedingungen beschlossen hatte, ließen tendenzielle Berichte die CSU ihr ehemaliges „Ja“ schnell vergessen. Wiederum wenigen Jahre mit unsäglichen Diskussionen bis in der letzten Gemeinderatssitzung nun von allen Parteien für einen Planungsauftrag für eine Erweiterung gestimmt wurde.

Beispiel 3: Fehlende Krippenplätze

Eine ausreichende Anzahl von Krippenplätzen ist nicht nur für viele Stockstädter Eltern ein Muss, sondern sichert der Gemeinde auch überregional einen Standortvorteil. So war es wiederum die SPD-Fraktion, die bereits in den letzten Jahren die Schaffung zusätzlicher Plätze anmahnte. Eine Forderung, die ein ums andere Mal von Bürgermeister und Verwaltung mit dem Hinweis auf fehlenden Bedarf zurückgewiesen wurde.

Auch dieses Jahr wurde das Thema unsererseits in den Haushaltsberatungen wieder in den Fokus gerückt. Nach einer von uns beantragten Sondersitzung und nachdem die Boykottphantasien der CSU (siehe nebenstehenden Kommentar) verraucht waren, zeichnete sich dieses Mal eine parteiübergreifende Zustimmung ab. Nun korrigierte auch der Bürgermeister seine Bedarfsprognosen der Vorjahre nach oben und so wurde aus „keinem“ plötzlich ein „hoher“ Bedarf, der sogar einen kompletten Neubau rechtfertigt.

Was wollen uns diese Beispiele sagen?

Wir freuen uns, dass sich nach langer Zeit Mehrheiten für diese Projekte gebildet haben. Gleichzeitig fragen wir uns aber, warum dafür so viel Zeit verstreichen musste.



Warum die endlosen öffentlichen Querelen? Die Stockstädter Bürger haben bei der Wahl vor zwei Jahren einen Gemeinderat gewählt, in dem ein Miteinander der Parteien erforderlich ist, um Mehrheiten in den Abstimmungen zu erhalten. Dies sollten auch der Bürgermeister und die

CSU-Räte akzeptieren. Es ist nicht zielführend, konstruktive Anträge von SPD oder Freien Wählern schlecht zu reden, diese zu verschleppen oder auszusetzen. Die Aufgabe eines Gemeinderates ist es, bessere und die wirtschaftlich günstigsten Lösungen für die Gemeinde zu finden und mit einer möglichst breiten Zustimmung umzusetzen. Vielleicht können wir ja künftig den zweifelhaften Aufwand an Zeit, Kosten und Energien reduzieren. Was keiner braucht ist „viel Wind um Nichts!“ ■

Ein klassisches Eigentor - rechtzeitig zur Fußball-EM - schoss die CSU Anfang Juni mit ihrem Flugblatt „SPD und Freie Wähler boykottieren Marktgemeinderatssitzung“. Dieser Vorwurf war als Antwort auf die SPD-Pressemitteilung „Bürgermeister Wolf provoziert Beschlussunfähigkeit“ gedacht. Darin kritisierten wir die Terminsetzung der Gemeinderatssitzung am 27. Mai. Spätestens in der folgenden Sitzung am 10. Juni musste die CSU kleinlaut zugeben, dass von Boykott keine Rede sein konnte. Sämtliche fehlenden Gemeinderäte hatten sich laut Protokoll - dem die CSU geschlossen zustimmte - ordnungsgemäß entschuldigt. Allein drei Absagen aus der SPD-Fraktion lagen bereits kurz nach dem Versand der Einladung dem Bürgermeister vor. Der Grund für das entschuldigte Fehlen lag am Termin: ein Brückentag mitten in den Pfingstferien.

Wahrheit muss Wahrheit bleiben oder Parteipolitik auf Amtswegen

Darüber hinaus hatte der Bürgermeister den Beginn von der in der Geschäftsordnung festgelegten Zeit von 20.00 Uhr auf 18.00 Uhr vorverlegt, da die CSU um 20.00 Uhr eine Mitgliederversammlung hatte und nur so den CSU-Räten eine Teilnahme ermöglicht werden konnte.

Entgegen allen Bekundungen seitens des Bürgermeisters war die Terminsetzung weder mit der SPD noch mit den Freien Wählern abgestimmt, eine insbesondere in diesem Fall unübliche Vorgehensweise, die dem von der CSU geforderten Anspruch auf kollegiale Zusammenarbeit eklatant widerspricht. Ein zweites Eigentor.

Nachdem klar wurde, dass voraussichtlich kein einziger der Räte der SPD an der Sitzung hätte teilnehmen können, hatte dies der Fraktionsvorsitzende dem Bürgermeister unverzüglich mitgeteilt und um Verlegung gebeten. Dieser konnte oder wollte dem jedoch nicht nachkommen. Damit nahm er willentlich in Kauf, dass ein großer Teil des Gemeinderats nicht an der Meinungsfindung hätte teilhaben können. So setzt der Bürgermeister seine Prioritäten: Erst seine Partei, dann die Bürger.

Völlig absurd ist der Vorwurf, die SPD hätte durch ihre Abwesenheit „wichtige Entscheidungen für die Bürger“ nicht treffen wollen. Dass diese Sondersitzung von der SPD beantragt wurde, um endlich längst fällige Krippenplätze zu schaffen, wird von der CSU ins Gegenteil verkehrt.

Doch dazu kann sich der Leser an anderer Stelle in diesem Blickpunkt eine Meinung bilden.

Mit der Termingestaltung durch den Bürgermeister und mit ihrem Flugblatt hat die CSU sich keinen Gefallen getan. Vielmehr hat sie gezeigt, dass sie zwei Jahre nach Verlust ihrer Mehrheit im Gemeinderat, immer noch nicht wahrhaben will, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger Stockstadts nicht mehr erste Wahl ist. ■

Wir in
Stockstadt

SPD

Wir wünschen Ihnen eine schöne und erholsame Sommer- und Urlaubszeit !

Ortsverein und Gemeinderatsfraktion
der SPD Stockstadt am Main

Impressum

Vi.S.d.P.: SPD Stockstadt am Main,
Rafael Herbrik, Nelkenweg 11, 63811 Stockstadt, info @spd-stockstadt-main.de
Redaktion: Lutz Laemmerhold, lutz.laemmerhold@spd-stockstadt-main.de